

Bericht aus der Marburger Stadtverordnetenversammlung (StVV) vom 22.3. 2024

Bericht Ausländerbeirat – neue Flächen für Pharmastandort – Bau Windkraftanlagen – Bau von Schulen durch externe Firmen? – Regio-Tram/Regio-S-Bahn – Umsetzung Haushaltsplan 2023

Im alljährlichen Bericht des Ausländerbeirats gleich zu Beginn der Sitzung wurden wieder die vielfältigen Aktivitäten dieses Gremiums mit seiner 30jährigen Geschichte in Marburg sichtbar. Unter anderen: Ausstellung über die Lage iranischer und afghanischer Frauen, Spendenaktion für das Frauenhaus in Sfax. Probleme: Für die Integration von Frauen bestehen deutlich höhere Hürden als für Männer, nicht zuletzt wegen des Mangels an Ganztageseinrichtungen für Kinder. Weitere Forderungen: einfache Sprache für behördliche Aktivitäten, Integration von Geflüchteten in den Arbeitsmarkt.

Görzhausen und kein Ende?

Zum Thema Bereitstellung von Flächen für den weiteren Ausbau des Pharmastandorts mussten zwei Anträge zusammen gesehen werden: der Antrag des Magistrats zur Interkommunalen Zusammenarbeit von Marburg und der Gemeinde Lahntal. Ein im Ortsteil Goßfelden vorhandenes und weitgehend erschlossenes Industriegebiet soll gemeinsam vermarktet werden. Die Stadt Marburg bevorzugt dort Flächen für die Pharmaindustrie. Diesem Antrag wurde ohne Aussprache einstimmig stattgegeben.

Ganz anders dagegen bei dem Verlangen, im Regionalplan Mittelhessen eine Fläche zwischen dem Gewerbestandort „Görzhäuser Hof“ und Dagobertshausen als „Vorranggebiet Industrie und Gewerbe“ nachzumelden. Renate Bastian nahm für die Fraktion Die Linke Stellung. In den vergangenen Jahren hätten sich Stadtverordnete von der linken Seite des Hauses für Görzhausen I und Görzhausen II ausgesprochen, gerade weil einer strukturschwachen Region qualifizierte Arbeitsplätze fehlten. Mit der weiteren Ausweisung von Gewerbegebiet werde eine Vorentscheidung getroffen, über deren soziale und ökologische Folgen noch gar nicht nachgedacht wurde. Folgen für den notwendigen Wohnungsbau, für die soziale Infrastruktur, für den Verkehr, für den Eingriff in die Natur und nicht zuletzt für die Lebensqualität in den nächstliegenden, schon sehr belasteten Stadtteilen Michelbach und Dagobertshausen. Alle diese Fragen müssten konzeptionell und planmäßig vorab geklärt werden.

Die Koalition samt CDU/FDP/BfM schwärmten von sauberer Industrie, die beiden linken Fraktionen stimmten gegen den Antrag des Magistrats.

Sieben neue Windkraftanlagen

In einem gemeinsamen Dringlichkeitsantrag der Koalition, der Marburger Linken& Piraten und Der Linken wurde begrüßt, dass der Bau von sieben neuen Windkraftanlagen auf den Lahnbergen und Lichten Küppel in der Regie der Stadtwerke erfolgt und die Wertschöpfung in der Region bleibt. Der Linken war besonders an diesem Antrag gelegen, da die Forderung, die Windvorranggebiete Lichten Küppel und Bürgelner Gleiche in Zeiten der Klimakrise endlich für die Winderenergie durch die Stadtwerke zu nutzen, seit 2022 von der Linken erhoben worden war. Auch im Hessischen Landtag hatte die Fraktion Die Linke entsprechend Druck auf Hessenforst, den Eigentümer der Flächen, gemacht.

CDU/FDP/BfM stimmten dagegen.

Schulbauten durch externe Unternehmen?

Unbestritten hält das BiBaP (Bildungsbauprogramm) nicht das, was der Magistrat immer wieder vollmundig verspricht. Unbestritten befinden sich manche Schulen in einem stark sanierungsbedürftigen Zustand. Wie der CDU/FDP/BfB-Antrag das Heilmittel aber nun in externen privaten Firmen zu suchen, das sei der falsche Weg – so Renate Bastian. Schulen seien nicht beliebige Zweckbauten, sondern müssten pädagogisch geplant und gestaltet werden, gerade im Hinblick auf die Konzepte und Anforderungen der Ganztagschule. Diese Aufgabe müsse in öffentlicher, kommunaler Hand bleiben, die sich allerdings eifriger rühren sollte.

Diesen Tagesordnungspunkt leitete der Stellvertretende Stadtverordnetenvorsteher, Miguel Sanchez, als erster "Ausländer", Fraktion Die Linke, sehr souverän.

Den CDU/FDP/BfM-Antrag unterstützen die Marburger Linke&Piraten (!), die Koalition und Die Linke lehnten mit Mehrheit ab.

Regio-Tram/Regio-S-Bahn für Mittelhessen – Visionen für öffentliche Mobilität in der Region

Diesen Antrag der Fraktion Die Linke begründete Jan Schalauske. Er wies darauf hin, dass es einen großen Willen gebe, den PKW-Verkehr zugunsten von öffentlichen Verkehrsmitteln zu reduzieren, um Umweltbelastungen (Emissionen, Lärm, Abgase) zu minimieren und die Lebensqualität der Menschen in der Stadt zu erhöhen. Vielfach werde die Notwendigkeit der PKW-Nutzung mit den Berufspendelverkehren aus der Region begründet, um aus den Umlandgemeinden die Arbeitsplätze in Marburg zu erreichen. Konzepte sowohl einer Regio-Tram bzw. Regio-S-Bahn böten einen Ansatz, dass man aus den umliegenden Gemeinden mit dem Nahverkehr an bestehenden oder zu schaffenden Schienenstrecken besser in die beiden Oberzentren kommen könnte.

Schalauske sprach sich dafür aus, neben einer Stärkung des ÖPNV in Marburg „auch diese die Varianten vergleichend zu prüfen, natürlich zusammen mit Gießen und beiden Landkreisen, um Vor- und Nachteile und eine Vision für öffentliche Mobilität in der Region Mittelhessen herauszuarbeiten, wie die Menschen in der Region die Oberzentren Marburg und Gießen perspektivisch besser erreichen können, ohne auf eine PKW-Nutzung angewiesen zu sein.“

Dieser Antrag fand in der StVV keine Mehrheit.

Haushaltsplan und Haushaltswirklichkeit 2023

Häufig werde in der politischen Debatte vor allem über den Haushaltsplan diskutiert, so Jan Schalauske. „Der Haushaltsplan ist die Grundlage dafür, wofür wie viel Geld ausgegeben werden SOLL. Ebenso wichtig sei aber ist aber der Vollzug, weil er Auskunft darüber gibt, wie viel Geld wofür ausgegeben worden IST.“ Da klaffen nach den Ausführungen von Jan Schalauske große Lücken.

Im Bereich Arbeit, Soziales, Wohnen seien noch nicht einmal 10 Prozent verausgabt worden. Im Bereich Bauen, Planen, Umwelt wurden nur 35 Prozent der vorgesehenen Gelder ausgegeben, für wichtige Maßnahmen der Klimaanpassung sogar Null Euro, der Fuß- und Radwegebau vollziehe sich im Schnecken tempo. Trotz Klimanotstand schaffe es die Stadt bei vollen Kassen nicht, die Investitionen zu tätigen, die für den Einstieg in die sozialökologische Moderne dringend notwendig sind.

Ohne Aussprache angenommene Anträge

Richtlinie der Universitätsstadt Marburg für das Förderprogramm: „Nachhaltiges Wassermanagement - Förderung von Regentonnen“

Ausweisung des Gebietes Soldatengraben/Schülerhecke in Ockershausen als Geschützten Landschaftsbestandteil

CDU/FDP/BfM-Fraktion: Umgestaltung von Schulhofflächen zu attraktiven Bewegungsräumen

CDU/FDP/BfM-Fraktion: Nachnutzung des alten Feuerwehr-Stützpunkt Cappel u.a. für die Aufgaben des Zivil- und Katastrophenschutzes

Fraktion MarburgerLinke & PIRATEN: Bericht zu denkmalgeschützter Scheune in Dagoberthausen, Im Dorfe 7

Freundliche Grüße von der Fraktion Die Linke

Renate Bastian, Miguel Sanchez, Jan Schalauske

Bericht von Henning Köster, ehrenamtlicher Stadtrat

Am 25. März hat der ehrenamtliche Stadtrat Henning Köster im Auftrag des Magistrats zusammen mit Bettina Heiland und Michael Heiny von der Geschichtswerkstatt auf Einladung des Ruhlaer Bürgermeisters Dr. Slossosch auf den Friedhof in Thal an der Gedenkstätte für die am 25. März 1920 von Marburger Korporierten des sog. Stukoma, einer Zeitfreiwilligeneinheit der Reichswehr, in Mechterstädt ermordeten 15 Arbeiter, einen Kranz niedergelegt und ein Grußwort gesprochen.

Dabei hat er u. a. ausgeführt : 'Es gibt keinen Fatalismus einer unaufhaltsamen Rechtsentwicklung. Damals nicht und heute nicht. Es gilt zu widerstehen, sich entgegenzustellen. Keine rassistische Nebenbemerkung oder Witz, keine antisemitische, antizigane oder muslimfeindliche Äußerung im Bus, auf der Arbeit, im Verein, in der Schule, darf unwidersprochen bleiben. Es muss dabei bleiben, dass keine Zusammenarbeit mit diesen Kräften, egal auf welcher Ebene stattfindet. Und man gräbt völkischen, rassistischen, flüchtlingsfeindlichen Kräften nicht das Wasser ab, indem man fatalistisch ihre drohende Machtergreifung beschwört und ihre Thesen partiell nachbetet oder variiert in der Erwartung, ihnen damit das Wasser abzugraben Das ist ein gefährlicher Trugschluss und schiebt nur den gesamtgesellschaftlichen Diskurs weiter nach rechts.



Gedenktafel an der Alten Universität in Marburg